

1 Antrag InA 1
2 Antragsteller: Landesvorstand

3
4
5

6 **Als starke Opposition klare Alternativen aufzeigen**

7
8

9 **I. Die SPD Hessen ist stolz auf das bei der Landtagswahl erreichte Ergebnis.**

10

11 Mit einem Zuwachs von sieben Prozentpunkten hat die HessenSPD am 22. September
12 2013 ein gutes Wahlergebnis erzielt. Mit einem auf bessere Bildung, soziale Gerechtig-
13 keit und moderne Familienpolitik ausgerichteten Wahlkampf haben wir ein Drittel
14 mehr Wählerinnen und Wähler als 2009 gewinnen können. Unser Spitzenkandidat
15 Thorsten Schäfer-Gümbel hatte als Herausforderer eines amtierenden Ministerpräsi-
16 denten erfreulich hohe Zustimmungswerte, Kompetenz- und Sympathiewerte. Die Hes-
17 senSPD liegt deutlich über dem bundesweiten Ergebnis der SPD. Schwarz-Gelb wurde
18 abgewählt. Das marktradikal-konservative Projekt ist in Hessen wie im Bund Geschich-
19 te.

20

21 Nichtsdestotrotz kann die HessenSPD mit dem Ergebnis der Landtagswahl nicht zufrie-
22 den sein. Aufgrund des landes- und bundesweiten Rückgangs der Zustimmungswerte
23 von Bündnis 90/Die Grünen im Verlauf des Jahres 2013 und dem fehlenden Rücken-
24 wind auf Bundesebene konnte die über mehrere Jahre in Umfragen prognostizierte
25 und von uns angestrebte eigenständige rot-grüne Landtagsmehrheit nicht erreicht
26 werden.

27

28 Trotz umfassender und transparent geführter Sondierungsgespräche war es für die
29 SPD aufgrund von derzeit nicht überbrückbaren inhaltlichen und strategischen Diffe-
30 renzen mit der Partei „Die Linke“ und Bündnis 90/Die Grünen nicht möglich, eine sozi-
31 aldemokratisch geführte Landesregierung zu bilden. Die FDP stand noch nicht einmal
32 für Sondierungsgespräche zur Verfügung. Es zeichnete sich für die HessenSPD frühzei-
33 tig ab, dass wichtige Teile der hessischen CDU die Bildung einer schwarz-grünen Koali-
34 tion präferieren. Dies gründet sich maßgeblich auf inhaltlichen Übereinstimmungen,
35 strategischen und bundespolitischen Überlegungen sowie der Zahl der im Falle einer
36 schwarz-roten Koalition abzugebenden Ministerien. Ein inhaltlicher Unterbietungs-
37 wettbewerb mit B'90/Grüne um die Gunst der CDU ist für die hessische SPD undenk-
38 bar. Eine Regierungsbeteiligung der SPD ist somit im Moment in Hessen nicht erreich-
39 bar.

40

41

42

43 **II. Kraftvolle Opposition gegen Schwarz-Grün.**

44

45 Die HessenSPD nimmt die Oppositionsrolle gegen Schwarz-Grün selbstbewusst und
46 offensiv an. Schwarz-Grün ist ein ausschließlich machtstrategisch begründetes Bünd-
47 nis. Wir respektieren den Wunsch der Grünen, Gestaltungsoptionen durch eine Regie-
48 rungsbeteiligung mit der CDU zu erlangen. Es ist jedoch angesichts der Kräfteverhält-
49 nisse in der Koalition nicht zu erwarten, dass die Grünen in der Lage sein dürften, der
50 Hessen-CDU einen Politikwechsel in nennenswertem Umfang abzutrotzen.

51

52 Die im Rahmen der Sondierungen erreichte neue politische Kultur des gegenseitigen
53 Respekts, auch bei unterschiedlichen Auffassungen, wollen wir weiter verfolgen. Wir
54 üben Kritik in der Sache - und das deutlich und fundiert, aber stets fair und respektvoll.
55 Wir werden jedoch die schwarz-grünen Koalitionsverhandlungen von Beginn an kri-
56 tisch begleiten und unsere politischen Alternativen klar aufzeigen.

57

58 Unser Gegner im Wettbewerb um die Meinungsführerschaft in Hessen ist und bleibt
59 die CDU. Wir werden jedoch auch B'90/Die Grünen immer wieder an die von ihnen im
60 Wahlkampf gemachten Versprechen für einen Politikwechsel erinnern. Grundsätzlich
61 gilt für uns in Hinblick auf die Bündnisfähigkeit der hessischen SPD, dass Koalitionen
62 mit allen demokratischen Parteien möglich sein müssen.

63

64 Wir fordern CDU und Grüne insbesondere dazu auf,

65

66 • ihre weitreichenden Wahlversprechen bezüglich einer Wahlfreiheit zwischen G8
67 und G9 verbindlich umzusetzen. Das bedeutet gegenüber der jetzigen, vielerorts
68 nur auf dem Papier bestehenden Wahlfreiheit, dass allen hessischen Eltern, die dies
69 für ihr Kind wünschen, schnellstmöglich ein wohnortnaher G9-Platz auch an Gym-
70 nasien zu garantieren ist.

71

72 • Familien, Kommunen, die hessischen Landesbediensteten und Investitionen in die
73 Infrastruktur nicht zum Ausfallbürgen für die verfehlte Steuer- und Haushaltspolitik
74 der CDU zu machen. Nachdem die Union im Bund - unter maßgeblicher Beteiligung
75 von Ministerpräsident Volker Bouffier - jede Steuererhöhung für Reiche und Spit-
76 zenverdiener kategorisch abgelehnt hat, ist insbesondere die CDU in der Pflicht, die
77 zum Abbau des strukturellen Defizits notwendigen Mittel anderweitig zu erwirt-
78 schaften. Für eine Weiterführung der einseitigen Sonderopfer (beispielsweise der
79 Verweigerung der Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder) im öffentlichen
80 Dienst in Hessen besteht vor dem Hintergrund des steuerpolitischen Gebahrens der
81 CDU keinerlei Legitimation. Gerechtere Bildung, eine bessere Kinderförderung und -
82 betreuung und die Zukunft des ländlichen Raums sind wichtiger als die Schonung
83 der CDU-Klientel unter den Besserverdienenden.

84

85 • beim Flughafenausbau keinen neuen Wortbruch zu begehen und auf inhaltsleere
86 Kompromissformeln zu verzichten, die anstehende Konflikte lediglich vertagen. Al-
87 les andere als ein neuer Flughafendialog mit klaren Zielen und Verabredungen wird
88 die bestehenden Konflikte rund um den Flughafen noch weiter anheizen.

89

90

91 Wir wissen bei diesen Forderungen einen großen Teil der hessischen Bevölkerung und
92 die Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hessen hinter uns und
93 werden entsprechende Bündnisse suchen und bereits bestehende gesellschaftliche
94 Bündnisse vertiefen. Wir wollen gesellschaftlichen Mehrheiten wieder zu parlamenta-
95 rischen Mehrheiten verhelfen.

96

97 Wir wollen auch unser Verhältnis zu den weiteren Landtagsparteien im Lichte einer
98 neuen politischen Kultur in Hessen weiterentwickeln. Dabei gilt: Es gibt keine Koalition
99 in der Opposition. Wir werden allerdings mit den beiden kleineren Oppositionsfraktio-

100 nen FDP und Die Linke einen regelmäßigen Austausch und eine projektbezogene Zu-
101 sammenarbeit suchen.

102
103 Wir wollen im Interesse eines echten Politikwechsels in spätestens fünf Jahren grund-
104 sätzlich dialog- und kooperationsbereit mit allen Parteien im Hessischen Landtag blei-
105 ben.

106
107

108 **III. Weiterentwicklung und Perspektive der HessenSPD.**

109
110 Soziale Gerechtigkeit ist und bleibt ein zentraler Markenkern der SPD, ganz besonders
111 in Hessen. Aufbauend hierauf wird die hessische SPD ihr Profil ausbauen, um gesell-
112 schaftliche Mehrheiten links der Mitte zu mobilisieren.

113
114 Als linke Volkspartei lehnen wir eine inhaltliche Arbeitsteilung mit anderen Parteien ab.
115 Die hessische SPD wird noch stärker um die Meinungsführerschaft in derzeit noch an-
116 deren Parteien zugeschriebenen Kompetenzfeldern wie Nachhaltigkeit, Wirtschaft,
117 Bürgerrechte und einer weltoffenen, inklusiven Gesellschaft kämpfen.

118
119 Wir halten fest an unseren richtigen Grundsätzen und werden Schwarz-Grün daran
120 messen, was sie zu deren Umsetzung leisten werden:

- 121
122 1. Bildungsgerechtigkeit und Aufstieg durch Bildung bleibt unverzichtbarer
123 Auftrag.
- 124
125 2. Familienfreundlichkeit muss gestärkt, das KiföG in seiner jetzigen Form geän-
126 dert werden.
- 127
128 3. Alle jungen Menschen müssen eine Chance auf Ausbildung und Beruf erhalten.
- 129
130 4. Alle Regionen brauchen gleiche Chancen für ihre weitere ökonomische und
131 soziale Entwicklung.
- 132
133 5. Die kommunalen Finanzen müssen durch das Land gestärkt werden. Der Lan-
134 desetat darf nicht über die Kommunalhaushalte konsolidiert werden, wie dies
135 durch den dauerhaften Entzug von 344 Millionen Euro jährlich geschieht.

136
137 Die SPD ist die Kommunalpartei Hessens. Wir stellen die meisten direkt gewählten
138 Landrätinnen und Landräte, Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürger-
139 meisterinnen und Bürgermeister in Hessen. Wir werden konsequent als Anwalt der
140 hessischen Kommunen auftreten und im Interesse der Schülerinnen und Schüler, Fami-
141 lien und der ehrenamtlich Aktiven sowie vielen weiteren Bürgerinnen und Bürgern in
142 Hessen dafür streiten, dass unsere Städte, Gemeinden und Landkreise nicht länger als
143 finanzpolitischer Steinbruch für die hessische Landesregierung erhalten müssen. Ein
144 wichtiger Meilenstein wird deshalb für uns die Kommunalwahl 2016 sein.

145
146 Bei der Europawahl am 25. Mai 2014 werden wir für eine starke sozialdemokratische
147 Fraktion und den überfälligen Kurswechsel zu einem sozial gerechten Europa kämpfen.
148 Unser im Vergleich zur Bundes-SPD gutes Ergebnis bei der Landtagswahl wurde auch
149 möglich, weil wir in den vergangenen fünf Jahren geschlossen, team- und dialogorien-
150 tiert agiert haben und uns programmatisch stark unter Einbeziehung unserer Mitglie-

151 der und externer Multiplikatoren aufgestellt haben. An diese Stärken werden wir an-
152 knüpfen und sie konsequent ausbauen.

153

154 Wir werden dazu in den kommenden Jahren unsere Strukturen, Zuständigkeitsbereiche
155 und Ressourcen prüfen und unserer Programmatik, Organisation und Netzwerkarbeit
156 intensiv weiterentwickeln.